

Unterrichtung

durch die Bundesregierung

- a) **Außerplanmäßige Ausgabe bei Kapitel 60 04 Titel apl. 688 51
Haushaltsjahr 1990**
— Zahlungen in einen gemeinsamen Reisedevisenfonds mit der DDR —
- b) **Außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigung bei Kapitel 60 04
Titel apl. 671 51 Haushaltsjahr 1989**
— Erstattung von Verwaltungskosten der Kreditinstitute bei der Durchführung
des gemeinsamen Reisedevisenfonds mit der DDR —
- c) **Außerplanmäßige Ausgabe bei Kapitel 60 04 Titel apl. 671 51
Haushaltsjahr 1990**
— Erstattung von Verwaltungskosten der Kreditinstitute bei der Durchführung
des gemeinsamen Reisedevisenfonds mit der DDR —

Schreiben des Bundesministers der Finanzen vom 20. Dezember 1989 — II A 5 — AF 0421 — 4/89 —

Gemäß § 37 Abs. 4 BHO teile ich mit, daß ich meine
Einwilligung nach Artikel 112 GG erteilt habe,

- a) bei Kapitel 60 04 Titel apl. 688 51 Haushaltsjahr
1990 — Zahlungen in einen gemeinsamen Reise-
devisenfonds mit der DDR —
eine außerplanmäßige Ausgabe bis zur Höhe von
1 500 000 000 DM,
- b) bei Kapitel 60 04 Titel apl. 671 51 Haushaltsjahr
1989
— Erstattung von Verwaltungskosten der Kredit-
institute bei der Durchführung des gemeinsamen
Reisedevisenfonds mit der DDR —
eine außerplanmäßige Verpflichtungsermächti-
gung von
30 000 000 DM,
davon fällig 1990 15 000 000 DM,
1991 15 000 000 DM,
- c) bei Kapitel 60 04 Titel apl. 671 51 Haushaltsjahr
1990
— Erstattung von Verwaltungskosten der Kredit-
institute bei der Durchführung des gemeinsamen
Reisedevisenfonds mit der DDR —
eine außerplanmäßige Ausgabe bis zur Höhe von
15 000 000 DM
zu leisten.

Aufgrund der gemeinsamen Erklärung von DDR Mi-
nisterpräsident Modrow und Bundesminister Seiters
vom 5. Dezember 1989 wird ein gemeinsamer Reise-
devisenfonds zur Ausstattung von DDR-Bürgern mit
Reisevaluta eingerichtet. Die Vereinbarung wurde
nach Abschluß der Etatberatungen im Deutschen
Bundestag zum Bundeshaushalt 1990 geschlossen.
Der insgesamt für 1990 erforderliche Betrag wird in
den Nachtrag 1990 eingestellt.

Im Rahmen der Durchführung des Reisedevisenfonds auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland werden schon ab 1. Januar 1990 Verwaltungskosten bei den Kreditinstituten als durchführenden Stellen anfallen. Daher muß noch im Haushaltsjahr 1989 eine Vereinbarung über die Kostenerstattung abgeschlossen werden. Die Notwendigkeit dieser Vereinbarung ergab sich erst nach Abschluß der Etatberatungen im Deutschen Bundestag.